

Bundeskanzler Helmut Kohl:

SPD stellt Weichen für rot-grünen Pakt in Bonn

Die Nachricht über ein Geheimgespräch zwischen führenden Vertretern der SPD und der Grünen kann nicht überraschen — aber sie muß alarmieren. Die SPD scheint nun endgültig die Weichen für ein rot-grünes Bündnis nach der Bundestagswahl 1990 stellen zu wollen. Damit soll für unsere Bundesrepublik Deutschland insgesamt Wirklichkeit werden, was in Berlin und in Frankfurt jetzt schon erprobt wird — auf dem Rücken der Bürger und mit zum Teil erschreckenden Konsequenzen.

Die Gespräche zwischen Sozialdemokraten und Grünen werfen ein bezeichnendes — und entlarvendendes — Licht auf das politische Taktieren der SPD. Vor allem offenbaren sie einmal mehr die doppelte

(Fortsetzung auf Seite 2)

„Klammheimliche Freude“

Keinem ist die „klammheimliche Freude“ entgangen, mit der die SPD das Auftreten der Republikaner registriert und sich in ihrem sog. Strategiepapier davon wahltaktische Vorteile verspricht. Das Ergebnis der jüngsten FORSA-Erhebung wird ihr jedoch einen Schock versetzen. Denn am Beispiel des „Dortmunder Nordens“ muß die SPD zur Kenntnis nehmen, daß sie in ihren Hochburgen an die Republikaner weit mehr verliert als die CDU.

Weitere Einzelheiten Seite 3

HEUTE AKTUELL

● Radikale

Generalsekretär Heiner Geißler: Beweis für die Heuchelei der SPD. Seite 3

● Berlin

Eberhard Diepgen: AL/SPD-Senat gefährdet die Solidarität mit Berlin. Seite 7

● Asylrecht

Berliner Senat öffnet die Schleusen. CDU sagt Nein zu allgemeinem Bleiberecht für Ausländer. Seite 9

● Soziales

Verbesserung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub in Kraft. Seite 11

● Steuerrecht

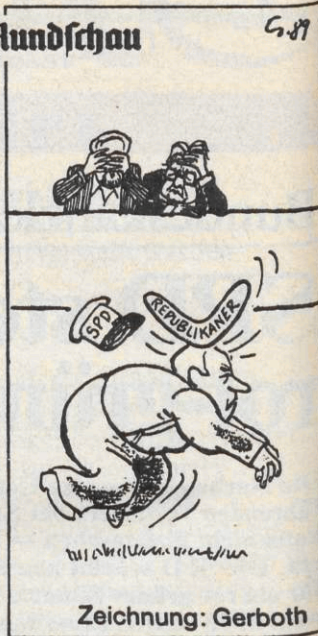
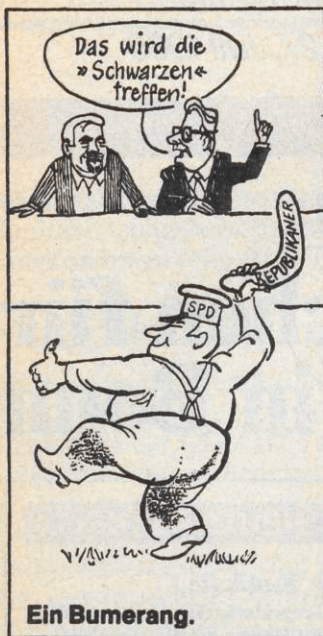
Vereine werden von Bürokratie und Abgaben entlastet. Seite 13

● Umwelt

Bundesfachausschuß Umweltschutz: Weniger Abfälle sicher entsorgen. Seite 14

● Dokumentation

Fragen und Antworten zur Rentenreform 1992. Grüner Teil



(Fortsetzung von Seite 1)

Moral der Sozialdemokraten im Umgang mit radikalen Parteien: Während vor Rechtsradikalen gewarnt wird — zu Recht —, werden Linksradikale hoffähig gemacht. Während die SPD andere Parteien mahnt, nicht mit den Republikanern zusammenzugehen, paktieren Sozialdemokraten mit Grünen und ebnen so Linksradikalen den Weg.

Es nützt der SPD auch nichts, ihre Gespräche mit den Grünen als rein informelle Begegnungen abzutun. Allein der Versuch, das Treffen geheim zu halten, spricht eine deutliche Sprache. Das Geheimtreffen paßt so gesehen zu jenem skandalösen Strategiepapier aus der SPD, das für die eigene Partei Vorteile von einem Erstarken rechtsradikaler Gruppierungen erhofft.

Es ist im übrigen bezeichnend, daß ein Sprecher der Grünen — einer der Teilnehmer an dem Treffen mit der SPD —

danach die Änderung der Präambel des Grundgesetzes forderte. Hier gruppieren sich Kräfte, die das Ziel der Einheit in Freiheit für alle Deutschen aufgeben wollen. Dies trifft auf unseren entschlossenen Widerstand.

Solange die Grünen als Partei nicht zu einer eindeutigen Absage an Gewalt fähig sind, solange sie Grundlagen unserer Verfassung nicht akzeptieren, den Austritt aus der NATO fordern und die Soziale Marktwirtschaft ablehnen, kann es mit ihnen keine Zusammenarbeit geben.

„Die SPD hat sich fürchterlich über den Wahlspruch im Europawahlkampf aufgeregt: Radikale und SPD — Zukunft und Wohlstand ade. Im Grunde genommen, kann man nach Bekanntwerden ihres Strategiepapiers nur sagen, hat die SPD diesem Spruch nachträglich das Prädikat ‚besonders wertvoll‘ oder ‚besonders wichtig‘ verliehen.“

Friedrich Bohl

Generalsekretär Heiner Geißler:

Beweis für die Heuchelei der SPD

Das Strategiepapier der SPD, das offenbar bereits Grundlage der Diskussion des Präsidiums der SPD war, ist ein massiver Anschlag auf die politische Kultur, gegen den sich alle Demokraten zur Wehr setzen müssen. Es beweist, daß die SPD trotz gegenteiliger Äußerungen die Rechtsradikalen nicht bekämpfen will. Sie nimmt bewußt und mit klammheimlicher Freude das Anwachsen des rechten Randes und sogar verfassungsfeindlicher Organisationen in Kauf, um daraus zu Lasten unserer Demokratie parteipolitischen Nutzen zu ziehen.

Wer wie die SPD von den Rechtsradikalen profitieren will, um mit den Linksradikalen zu paktieren, kann die politische Mitte nicht glaubhaft für sich beanspruchen. Mit ihrer verantwortungslosen Sozialdemagogie hat die SPD entscheidend zum Erstarken des Radikalismus beigetragen. Das Strategiepapier ist nun ein schlagender Beweis für die Scheinheiligkeit und die Heuchelei der SPD.

In der politischen Auseinandersetzung scheint die SPD zu allem fähig, aber zur Bekämpfung der Radikalen nicht zu gebrauchen.

FORSA-Untersuchung im Dortmunder Norden:

39 Prozent der neuen Rechtswähler kommen von der SPD

Bericht: Auch das ist Dortmund, der Dortmunder Norden: SPD-Hochburg, 53.000 Menschen, 25 Prozent Arbeitslosigkeit, 30 Prozent Ausländer. Ein Stadtviertel, zum Ende der Weimarer Republik noch resistent gegen die Nazis, jetzt aber in der Europawahl fast zehn Prozent für die extreme Rechte. Die SPD verlor hier genau 5,4 Prozentpunkte.

Für PANORAMA untersuchte das Meinungsforschungsinstitut FORSA, woher im traditionell roten Dortmunder Norden die Stimmen für die Rechten kamen. Befragt wurden 1.394 Wahlberechtigte. Das wichtigste Ergebnis:

1. Frage: Woher kommen die neuen Rechtswähler?

SPD	39 Prozent
CDU	21 Prozent
Andere/Nichtwähler	40 Prozent

Bericht: Von den Rechtswählern im Dortmunder Norden hatten 21 Prozent früher CDU gewählt. 40 Prozent kamen von anderen Parteien und aus dem Nichtwählerlager. Der größte Block jedoch — nämlich 39 Prozent der Rechtswähler — hatte bei der Bundestagswahl 1987 noch SPD gewählt. Der überwiegende Anteil der rechtsradikalen Wählerschaft kam also aus dem SPD-Lager.

2. Frage: Rechtsradikale Neigungen bei SPD-Anhängern

SPD-Wähler: 7 Prozent

Bericht: Von denjenigen, die in der Europawahl der SPD noch die Treue gehalten hatten, könnten weitere sieben Prozent wegbrechen. Sie hielten es laut Befragung für durchaus vorstellbar, einmal für eine rechtsradikale Partei zu stimmen.

3. Frage: Entfremdung von den Politikern: „Ich glaube nicht, daß sich die Politiker viel darum kümmern, was Leute wie ich denken.“

SPD-Wähler 68 Prozent

Rechtswähler 85 Prozent

SPD-Abwanderer 100 Prozent

Bericht: Dem Satz stimmten von den SPD-Wählern 68 Prozent zu, von den Rechtswählern insgesamt 85 Prozent und von den ehemaligen SPD-Wählern, die zu den Rechten abgewandert waren, 100 Prozent. Bei den ehemaligen SPD-Wählern ist also die Entfremdung von den Politikern am größten.

Manfred Güllner (Leiter des Meinungsforschungsinstituts FORSA): Wenn wir in einer solchen außergewöhnlichen SPD-Hochburg, wie sie der Dortmunder Norden darstellt, schon solche Bewegungen feststellen, dann können wir diese Bewegung mit Sicherheit übertragen auf andere Arbeiter- und SPD-Hochburgen.

Frage: Ist für die nächste Bundestagswahl somit für die SPD die 40-Prozent-Marke in Gefahr?

Güllner: Also, wenn die SPD nicht ganz schnell lernt, wieder die gesellschaftliche Wirklichkeit zu bedenken bei dem, was sie tut, was man aufgrund der Erfahrung der Vergangenheit eigentlich nicht erwarten kann, dann muß man damit rechnen, daß trotz der Sympathie, die ja immer noch —

auch in diesen Gruppen, die abgewandert sind — für die SPD vorhanden ist, die SPD die 40 Prozent nicht erreicht, weil man sie nicht wählen kann. Man möchte sie wählen, aber man kann sie einfach nicht wählen.

(Auszüge aus der PANORAMA-Sendung vom 25. Juli 1989)

Pressestimmen

Hehr und hohl

Verfolgt die SPD mit klammheimlicher Freude das Erstarken der Rechtsradikalen? Nach einem in der Parteizentrale erarbeiteten Positionspapier ist es ihr strategisches Ziel, die Union in eine politische Zwickmühle zu manövrieren, um sich selbst als Partei der Mitte zu profilieren. Die hehren Worte, mit denen die SPD-Führung bisher in der Öffentlichkeit den gemeinsamen Kampf der Demokraten gegen die Rechtsradikalen beschwor, klingen jetzt hohl. Welt am Sonntag

Der Zweck heiligt die Mittel

Während prominente Sozialdemokraten öffentlich gegen die Rechtsradikalen wettern, wird in den Denkstuben der Partei mit klammheimlicher Freude nachgedacht, wie man mit ihnen die Union in die Klemme und die eigene Partei in günstigeres Wählerlicht rücken kann. Den Hintertreppenstrategen ist dabei egal, ob das Land in eine politische Krise gestürzt würde: Der eigene Wahlsieg heiligt die Mittel. Bild

Hilfe für Schönhuber

Man kann die angestrebte Position so übersetzen: Egal, ob die Demokratie Schaden nimmt, Hauptsache, die SPD gewinnt die Macht am Rhein. Aber die SPD macht ihre Rechnung ohne den Wähler. Es sind nicht allein die ewig Gestrigen, die für

Schönhubers Truppe votieren. Es sind auch Bürger, die sich nicht mehr für dumm verkaufen lassen wollen, die dagegen protestieren, von machtlüsternden Politikern zum Stimmvieh deklassiert zu werden. Die SPD-Strategie könnte daher funktionieren. Herr Schönhuber darf sich bei der SPD für neue Protestwähler bedanken.

Frankfurter Neue Presse

Mit der Distanzierung ist es nicht getan

Die SPD-Führung hat sich von der Analyse ihrer Abteilung „Politik und Planung“ distanziert. Aber mit der Distanzierung ist nicht aus der Welt geschafft, daß das Papier sieben Monate lang innerhalb des SPD-Vorstandes kursieren konnte. Auch die Erklärung, politische Planer müßten — rein akademisch — ungehemmt nachdenken können, zählt nicht. Denn wenn wahr ist, daß die Republikaner eine Gefahr darstellen, und wenn die SPD von der Union dauernd unmißverständliche Distanzierungen von dieser rechten Partei fordert, dann darf kein Sozialdemokrat — schon gar nicht einer in der engsten Umgebung des Vorstands — auch nur auf den Gedanken kommen, diese Partei taktisch gegen die Union einsetzen zu wollen. Rheinische Post

Lahme Stellungnahme

Ehrliche Worte zu dem Vorfall hat nur die bayrische SPD-Landtagsabgeordnete Hedda Jungfer gefunden. Sie tadelte die „lahme und abwartende Haltung“ der Partei und ihre „völlig unangemessenen Stellungnahmen“ dazu. Dem ist nichts hinzuzufügen. Kölnische Rundschau

Radikalen keine Chance

Nach dem Wahlerfolg radikaler Parteien bei der Europawahl hat es sich die Junge Union zur Aufgabe gemacht, den Radikalismus kompromißlos zu bekämpfen und die Ursachen für dessen Aufkommen zu beseitigen. Um diese Auseinandersetzung wirkungsvoll führen zu können, hat die Junge Union die Kampagne „Radikalen keine Chance“ beschlossen.

In den nächsten Monaten wird die Junge Union überall vor Ort eine intensive Aufklärung über politischen Radikalismus betreiben. In Podiumsdiskussionen, bei Informationsständen und in den bevor-

Junge Union startet Kampagne gegen politischen Radikalismus

stehenden Wahlkämpfen wird sie über die Ziele dieser Parteien informieren und gleichzeitig Lösungsansätze für die aktuellen politischen Probleme aufzeigen. Mit Flugblättern und Plakaten wird sie deutlich machen, daß Radikale keine Alternative sein können und deren Vorstellungen die in vierzig Jahren Bundesrepublik Deutschland erworbenen Freiheiten gefährden.

Ziel der Kampagne ist es, den Nährboden für die Radikalen trocken zu legen und die Menschen, vor allem die jungen Anhänger dieser Parteien, davon zu überzeugen, daß die Probleme unserer Gesellschaft nur durch die demokratischen Parteien wirklich gelöst werden können. ■

„Wir werden dieses Manöver, diese Kampagne, diese heuchlerische „Strategie“ der SPD in den nächsten Wochen draußen in den Verbänden deutlich machen und alles dafür tun, daß die Rechnung der SPD nicht aufgeht.“

Friedrich Bohl, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

SPD-Programm-Entwurf

Mehreinnahmen kämen nur durch Preiserhöhungen zustande

Die von der SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs vorgestellte Politik der ökologischen und sozialen Erneuerung der Industriegesellschaft und des Fortschritts für die 90er Jahre ist so unglücklich wie der Titel, den sie trägt. Hier hilft keine Verkaufsstrategie, sondern nur die Entrümpelung überkommener Ladenhüter.

Der vorgelegte Arbeitsbericht ist ein steuerpolitischer Anschlag auf die Verteilungsgerechtigkeit. Er würde wirtschafts- und steuerpolitisch großen Schaden anrichten. Die geplanten 70 Milliarden Mark Mehreinnahmen für den Bund kämen durch Preiserhöhungen zustande, die für Verbraucher und Unternehmen gleichermaßen gefährlich wären.

Die massiven Erhöhungen von Verbrauchsteuern, die teilweise durch die Absenkung der direkten Steuerlast gemildert werden sollen, würden einseitig zu Lasten der Rentner und Arbeitslosen gehen. Ebenso würde der kleine Steuerzahler verstärkt zur Kasse gebeten, während Großverdiener durch Veränderungen der Einkommensteuer ungeschoren davorkämen.

Heribert Scharrenbroich, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU Sozialausschüsse: Die CDA unterstützt eine Umweltpolitik über den Markt; sie muß jedoch dem Anspruch der sozialen Gerechtigkeit entsprechen. Hiervor scheint die SPD bereits in der Opposition zu kapitulieren.

SPD spekuliert auf die Vergeßlichkeit

„Frechheit siegt“ scheint die SPD zu denken und betreibt eine Vergangenheitsbewältigung eigener Art. Ihre Kommission „Fortschritt 90“ fordert „finanzpolitische Solidität“ und die Rückführung der Neuverschuldung des Bundes. Gleichzeitig sagt sie: „Nichts versprechen, was nicht haltbar ist, nur das versprechen, was solide finanziert werden kann.“

Matthias Wissmann: Man reibt sich verwundert die Augen, nicht nur angesichts der Widersprüchlichkeit im Papier der Kommission „Fortschritt 90“, die den ehemaligen SPD-Finanzminister Hans Apel zu dem Urteil zwangen: „Die Vorschläge sind so nicht finanzierbar.“ Verwunderung löst vor allem die Unverfrorenheit aus, mit der die SPD versucht, vom eigenen Versagen abzulenken.

Es ist die gleiche SPD,

- die die Neuverschuldung von Null Mark 1969 auf 37,2 Milliarden Mark 1982 trieb und die sich 1983 um über 53 Milliarden Mark hätte neuverschulden müssen, wäre sie am Ruder geblieben;
- deretwegen die Regierung Helmut Kohl 1989 über 20 Milliarden Mark Zinsausgaben hat (bei insgesamt rund 32 Milliarden Mark); und
- die ihre Ausgaben zwischen 1969 und 1982 um durchschnittlich neun Prozent pro Jahr steigerte (zum Vergleich 1982 — 1989: 2,5 Prozent).

Personalie

Egon Klepsch ist von der Europäischen Volkspartei (EVP) erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt worden. Er erhielt 94 Stimmen bei zwölf Gegenstimmen. Die EVP hat im neuen Parlament 122 Abgeordnete und ist nach den Sozialisten zweitstärkste Fraktion.

Eberhard Diepgen: AL/SPD-Senat gefährdet die Solidarität mit Berlin

Der Landesvorsitzende der CDU Berlin und Mitglied des Bundesvorstandes, Eberhard Diepgen, erklärt zum „Bruch in Berlin“ nach dem Regierungswechsel:

Der Regierungswechsel in Berlin erweist sich immer mehr als ein Bruch mit einer für Berlin lebenswichtigen Kontinuität. Dies wird in den letzten Tagen und Wochen immer deutlicher. Die Koalition Momper/Ströbele und der AL/SPD-Senat von Berlin sind dabei, Entwicklungen einzuleiten, die weit über den legitimen Wechsel der Politik durch eine neue Regierung hinausgehen. Mit seiner Politik ist der Senat dabei, auf die Grundlagen der Solidarität mit Berlin zu verzichten, sich aber gleichzeitig über nachlassende Solidarität zu beklagen. Das ist ein gefährlicher Weg. Denn Solidarität ist keine Einbahnstraße.

1 Der Senat begreift Berlin nicht mehr als Einheit. Ost-Berlin wird als Hauptstadt der DDR quasi anerkannt. Im freien Teil Berlins wird dagegen eine Kommunalpolitik betrieben, wie sie anderswo auch möglich wäre. In der gemeinsam abgestimmten Presseerklärung nach dem Gespräch mit Honecker ließ sich Momper seine Amtsbezeichnung „Regierender Bürgermeister von Berlin“ von der DDR-Führung nehmen, während die Ämter von Honecker vollständig genannt wurden. Die nationale Aufgabe Berlins und die Rolle von ganz Berlin als Hauptstadt der deutschen Nation werden ausgerechnet vom Regierenden Bürgermeister von Berlin Momper ausdrücklich gelehnt. Für die Menschen in Ost-Ber-

lin und in der DDR hat er in seiner Regierungserklärung kein Wort übrig gehabt. Während die Ost-West-Politik in Bewegung geraten ist und überall wie nie zuvor über die Überwindung der Teilung und den Abriß der Mauer geredet wird, spricht der Senat von Berlin von der fort-dauernden Zweistaatlichkeit Deutschlands.

2 Die Deutschland- und Berlinpolitik des Senats weist eine bedenkliche Tendenz zur Verselbständigung von der Bundespolitik auf. Angesichts der unveränderten Theorie der DDR-Führung von einer angeblich „selbständigen politischen Einheit West-Berlin“ ist das besonders bedenklich. Laut der Regierungserklärung des Senats soll Berlin für West und Ost gleichermaßen unbequem sein. Der Senat wollte zunächst mit der Führung der DDR nach dem Gespräch Momper — Honecker eine gemeinsame Erklärung veröffentlichen, die den Eindruck eigenständiger politischer Beziehungen hervorgerufen hätte. Die ins Auge gefaßten hochrangigen politischen Dauerkontakte nahezu jedes Senatsmitglieds mit einem Minister der DDR sind ähnlich mißverständlich. Mit der einseitigen Aufkündigung der Zusammenarbeit mit der Erfassungsstelle Salzgitter hat der Senat einseitige Vorleistungen erbracht.

3 Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte wird aus einer Regierungskoalition in Berlin die Rechtseinheit mit dem Bund in Frage gestellt. Obwohl die Verpflichtung der AL zur Übernahme von Bundesgesetzen ein sogenanntes Essential für Momper war, die Koalition überhaupt abzuschließen, forderte nicht einmal 100 Tage nach Amtsantritt der AL-

Architekt der Koalition Ströbele offen dazu auf, die Sicherheitsgesetze nicht nach Berlin zu übernehmen. Nur mit Mühe konnte die AL dazu bewegt werden, der Übernahme doch zuzustimmen. In der Debatte sprach die AL-Abgeordnete Künast von der „Unrechtseinheit“ mit dem Bund. Die AL hat auch bis heute nicht erklärt, daß sich so etwas nicht wiederholen werde.

Mit der Weisung des Innensenators über ein Bleiberecht für Ausländer schert der Senat ohne jede Abstimmung mit den Ländern oder dem Bundesinnenminister aus der Rechtseinheit mit dem Bund aus. Er macht Berlin zum Einwanderungsort zu Lasten der anderen Bundesländer.

4 Wichtige Vorhaben für die Zukunft der Stadt, die zudem die Bindungen und Verbindungen Berlins zum Bund gestärkt und weiterentwickelt haben nach einem Stillstand von über einem Jahrzehnt, werden vom AL/SPD-Senat abgelehnt oder in Zweifel gezogen. Das gilt für das Verzögern des Baus des Deutschen Historischen Museums ebenso wie für die Skepsis gegenüber dem Stromverbund und die Ablehnung eines attraktiven Luftverkehrs für den Wirtschaftsstandort Berlin.

5 Mit dem Verzicht auf eigene Leistungen Berlins droht die Gefahr, daß der freie Teil Berlins zum provinziellen Vorort wird. Die alte Subventionsmentalität macht sich wieder breit. Die Rekordverschuldung geht zu Lasten der jungen Generation. Momper spricht sich gegen jede Elite aus. Die angesehene Akademie der Wissenschaften soll aufgelöst werden. Andere Länder reißen sich um sie. Bundesweit beachtete und vom Bund geförderte wissenschaftliche Projekte werden wegen der wissenschaftsfeindlichen Ideologie des Senats in Frage gestellt. In der Kulturmetropole Berlin soll jetzt eher das bezirkliche Sackhüpfen gefördert werden. Wenn sich der Senat schon jetzt über

mangelnde Aufmerksamkeit für Berlin beklagt, so hat er sich das selbst zuzuschreiben. Der freie Teil Berlins ist keine normale Stadt wie jede andere. Er ist auch keine selbständige Stadt, sondern Teil des Westens. Wer diese Grundgedanken vernachlässigt, gefährdet selbst die Solidarität mit Berlin. Auch im West-Ost-Verhältnis kann Berlin nur dann eine Brücke von Westen nach Osten werden, wenn die westlichen Brückenpfeiler stark und die Anschlüsse nach Westen breit und vielfältig sind.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Ich forderte ausdrücklich dazu auf, gerade jetzt Berlin nicht im Stich zu lassen und in Berlin zu investieren, zu bauen, zu arbeiten, zu forschen und Berlin zu fördern. Berlin ist wichtiger als die Regierung, die diese Stadt nicht verdient. Aber wenn das Werben für Berlin immer schwieriger wird, dann hat das seinen Grund zuallererst im Verhalten des Berliner Senats. ■

Kommentar

Wer pfeift Momper zurück?

Berlins Senat ist auf dem Asylanten-Alleingang, lockert die Aufenthaltsbedingungen — und setzt sich über alle Regeln von Bund und Ländern hinweg. Walter Momper und sein rot-grüner Senat haben da einen gefährlichen Weg eingeschlagen, denn

1. taugt das ohnehin von Ausländerproblemen geplagte Berlin nicht als Spielwiese für so brisante Experimente;
2. hat sich Berlin wie Bayern oder Bremen an die „Bundestreue“ zu halten. Auch in Berlin muß Bundesrecht gelten.

Wer pfeift Momper zurück?

Bild

Ausländerpolitik

Berliner Senat öffnet die Schleusen

Zur Weisung des Berliner Senators für Inneres über die Regelung eines Bleiberechts für ehemalige Asylbewerber und Ausländer ohne aktuelle Rückkehrmöglichkeit erklärte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble:

Berlin verabschiedet sich einseitig von den seit vielen Jahren zwischen Bund und Ländern bestehenden gemeinsamen Grundsätzen zur Ausländerpolitik. Die SPD/AL-Regierung in Berlin hebt damit in einem wichtigen Politikbereich die Rechtseinheit mit dem Bund auf. Den Berliner Sonderweg markieren vor allem drei Maßnahmen:

1 Jeder ehemalige Asylbewerber erhält eine Aufenthaltserlaubnis, wenn er sich nur aufgrund des Asylverfahrens fünf Jahre in Berlin aufgehalten hat.

Damit wird der Zuzug von Wirtschaftsflüchtlings geradezu programmiert. Wer immer aus welchen Teilen der Erde und aus welchen Gründen auch Asyl beantragt und mit Hilfe geschickter Anwälte und Organisationen fünf Jahre das Asylverfahren in die Länge zieht, erhält ein Bleiberecht auf Dauer.

2 Als einziges Bundesland verfügt Berlin nicht nur eigenen generellen Abschiebestopp für Äthiopier, Afghanen, Iraner, Libanesen und Sri Lanker, sondern erteilt Angehörigen dieser Länder zugleich **unabhängig von Zweck und Dauer** des bisherigen Aufenthalts ein Aufenthaltsrecht. Das bedeutet z. B., daß ein Libanese, der heute illegal einreist, sofort eine Aufenthaltserlaubnis erhält.

Dieselbe Vergünstigung wird weiteren Personengruppen zuteil, die aus Gründen

der Religion, der Volkszugehörigkeit oder aus ähnlichen Gründen im Herkunftsland unzumutbare Nachteile zu befürchten haben.

Das gilt derzeit für

Kurden aus der Türkei, aus dem Libanon, dem Irak, dem Iran und aus Syrien, Christen und Yeziden aus der Türkei, Palästinenser.

Dasselbe gilt für Personen, die aus geschlechtsspezifischen Gründen im Herkunftsland Verfolgung oder unzumutbare Nachteile zu befürchten haben.

Damit wird der zwischen Bund und Ländern abgestimmte ausländerrechtliche Grundsatz, den generellen Anwerbe- und Zuwanderungsstopp für Ausländer aus Nicht-EG-Staaten durchzusetzen und allen unerwünschten Einwanderungsversuchen zu begegnen, einseitig durch Berlin aufgehoben.

Statt dessen propagiert die SPD/AL-Regierung in Berlin eine Politik der offenen Schleusen und eröffnet Angehörigen der genannten Personengruppen ein sofortiges Niederlassungs- und Bleiberecht auf Dauer „unabhängig von Zweck und Dauer des bisherigen Aufenthalts“. Berlin löst damit einen erheblichen Einwanderungsanreiz aus.

3 Selbst Straffälligkeit, auch Kapitalverbrechen und Drogenkriminalität sind kein Abschiebegrund mehr. Voraussetzung ist nur, daß der Kriminelle zu einer der vorstehend aufgeführten Gruppen zählt, bei einer günstigen Prognose durch die Strafvollzugsanstalt.

Demgegenüber besteht zwischen Bund und Ländern volle Übereinstimmung, in Fällen schwerer Kriminalität die Abschie-

bung durchzusetzen. Angesichts der verheerenden Wirkung des Drogenmißbrauchs kommt der Abschiebung von Drogenkriminellen besonderes Gewicht zu und kann selbst dann Vorrang beanspruchen, wenn der ausländische Straftäter mit einem deutschen Staatsangehörigen verheiratet ist.

Der Senator für Inneres schlägt ausländerpolitisch mit seiner Weisung einen Weg ein, der mit den Interessen der Bundesrepublik Deutschland nicht zu vereinbaren ist. Das einseitige Vorgehen Berlins, die Nichteinhaltung gemeinsamer Absprachen, verletzt vor allem den Grundsatz des bundes- und länderfreundlichen Verhaltens.

Zu Recht darf Berlin mit Rücksicht auf seine besondere Lage vom Bund und von den anderen Ländern ein besonderes Maß an Solidarität erwarten.

Aber von Berlin muß gerade angesichts seiner prekären Lage verlangt werden, daß es Rücksicht auf die Belange des Bundes und der anderen Länder nimmt, gemeinsame Absprachen einhält und bei der Ausführung von Bundesgesetzen die erforderliche Bundeseinheitlichkeit wahrt.

Ein die Zugehörigkeit Berlins zur Bundesrepublik Deutschland konstituierendes Element ist die Rechtseinheit mit dem Bund und den anderen Ländern. Diese Rechtseinheit wird von Berlin auf dem wichtigen und sensiblen Gebiet der Ausländerpolitik nicht mehr gewahrt.

Mit der von der SPD/AL-Regierung in Berlin betriebenen Politik der offenen Schleusen schadet diese Regierung den Interessen der Bundesrepublik Deutschland sowie den Integrationsbemühungen für die bei uns lebenden Ausländer.

Der Berliner Senator für Inneres wäre gut beraten, seinen eingeschlagenen falschen Kurs zu korrigieren, indem er seine Weisung vom 20. Juni 1989 aufhebt. ■

Diepgen: Nein zu allgemeinem Bleiberecht für Ausländer

Das Abgeordnetenhaus von Berlin mußte aus den Ferien zurückgerufen werden, weil der Innensenator mit einer ausländerrechtlichen Weisung sozialen Sprengstoff in die Stadt gebracht hat.

Das Asylrecht gewährt politisch Verfolgten Schutz auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Daran dürfen wir nichts ändern — daran wollen wir nichts ändern! Die Anordnung des Innensensors geht aber weit darüber hinaus. Sie

Aus der Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Eberhard Diepgen, auf der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 18. Juli 1989

schafft — ganz im Sinne der AL — ein allgemeines Bleiberecht für Ausländer.

Dabei ist der Innensenator auch nicht mehr bereit, Straftäter, die sich schwerster Verstöße gegen unsere Rechtsordnung schuldig gemacht haben, schnell abzuschieben. Nein, diese Straftäter sollen erst einmal drei Jahre „auf Bewährung“ geduldet werden, ehe auch sie in den Genuß des Bleiberechts kommen.

Kehren Sie zu einer Ausländerpolitik mit Augenmaß zurück! Wir legen keinen Wert darauf, die Auseinandersetzung der Opposition mit dem Senat gerade auf dem Felde der Ausländerpolitik führen zu müssen. Eine Polarisierung der Bevölkerung ist immer schädlich. Auf diesem Felde aber wäre sie Gift für die Stadt Berlin. Suchen Sie daher einen Konsens in der Ausländerpolitik mit der großen Oppositionspartei. Ich biete Ihnen unsere Bereitschaft zur Gemeinsamkeit ausdrücklich an. ■

Verbesserung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub in Kraft

Mit der Zustimmung durch den Bundesrat ist zum 1. Juli 1989 das geänderte Bundeserziehungsgeldgesetz in Kraft getreten. Die wichtigsten Änderungen sind:

1. Verlängerung

Für Kinder, die ab 1. Juli 1989 geboren werden, wird nunmehr Erziehungsgeld (ab dem 7. Monat einkommensabhängig) bis zum 15. Lebensmonat des Kindes gezahlt. Der Anspruch auf Erziehungsurlaub verlängert sich ebenfalls bis zum 15. Lebensmonat des Kindes.

Für Kinder, die ab 1. Juli 1990 geboren werden, wird dann Erziehungsgeld (ab dem 7. Monat einkommensabhängig) bis zum 18. Lebensmonat des Kindes gezahlt. Auch der Anspruch auf Erziehungsurlaub verlängert sich bis zum 18. Lebensmonat des Kindes.

2. Höheres Erziehungsgeld bei Betreuung mehrerer Kinder

Bei Mehrlingen wird künftig für jedes Kind Erziehungsgeld gezahlt. Wenn innerhalb des Bewilligungszeitraumes ein weiteres Kind geboren wird, steht den Eltern auch für dieses Kind von seiner Geburt an Erziehungsgeld zu. Diese Verbesserungen gelten für die ab 1. Juli 1989 geborenen Kinder.

3. Rahmenfrist bei Adoptivkindern bis zum Ende des dritten Lebensjahres

Wenn ein Kind, das nach dem 1. Juli 1989 geboren wurde, nicht unmittelbar nach der Geburt von den Adoptiveltern

aufgenommen worden ist, können diese trotzdem Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub für die volle Laufzeit in Anspruch nehmen. Grenze für die Inanspruchnahme ist das Ende des dritten Lebensjahres.

4. Erziehungsgeld für Auszubildende ohne Unterbrechung der Ausbildung

Auszubildende haben jetzt auch dann Anspruch auf Erziehungsgeld, wenn sie keinen Erziehungsurlaub nehmen wollen. Wie Schüler und Studenten brauchen sie ihre Ausbildung nicht zu unterbrechen.

5. Erwerbstätigkeit bis zu 19 Stunden wöchentlich

Rückwirkend auf den 1. Januar 1989 schließt Erwerbstätigkeit bis zu 19 Stunden wöchentlich die Zahlung von Erziehungsgeld nicht aus.

6. Rückwirkung des Antrags auf Erziehungsgeld

Wenn Erziehungsgeld verspätet beantragt wird, kann es künftig bis zu sechs Monate rückwirkend gezahlt werden.

7. Frist für die Kündigung durch den Arbeitnehmer

Wer sein Arbeitsverhältnis zum Ende des Erziehungsurlaubs kündigen will, muß künftig eine Kündigungsfrist von drei Monaten einhalten. Diese Frist tritt an die Stelle vertraglicher und tarifvertraglicher Kündigungsfristen. ■

Die Union steht an der Seite der Bundeswehr

Ein Kompliment dem Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg: In den kabinettinternen Haushaltsberatungen hat er es geschafft, dem Bundesfinanzminister 400 Millionen Mark zusätzlich für die Soldaten der Bundeswehr abzurufen. Beginnend mit dem Bundeshaushalt 1990 kann das Attraktivitätsprogramm für die Bundeswehr im Umfang von 400 Millionen Mark jährlich verwirklicht werden.

Paul Breuer, Bauftragter der CDU für die Bundeswehr: Wenn der Deutsche Bundestag die entsprechenden Entscheidungen trifft — und davon bin ich fest überzeugt — gelingt es uns, ein wichtiges Zeichen zu setzen: Die Union steht an der Seite der Bundeswehr.

Von besonderer Bedeutung sind folgende Maßnahmen:

Grundwehrdienstleistende

- Besserstellung bei den Wochenendheimfahrten
- Verbesserung der Einkommenslage verheirateter Grundwehrdienstleistender

Reservisten

- Gleichstellung der Reservisten aus dem öffentlichen Dienst mit denen aus der freien Wirtschaft bei der Verdienstausfallentschädigung und der Rentenversicherung
- Einführung des Leistungszuschlages ab dem 31. Wehrübungstag

Zeit- und Berufssoldaten

- Verbesserung der Aufstiegschancen für Unteroffiziere und Offiziere

- Finanzielle Linderung der versetzungsbedingten Umzugsfolgen
 - Senkung der Versetzungshäufigkeit
- Besonders erwähnenswert ist auch die Verdoppelung der jährlichen Investitionen für die Modernisierung der Unterkunftsplätze.

Blüm: Festbeträge für Arzneimittel fangen an zu wirken

„Das Konzept der Bundesregierung, durch Festbeträge den Preiswettbewerb im Arzneimittelmarkt zu verstärken, geht auf“, erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm. „Den Nutzen haben die Patienten. Sie erhalten nun bewährte Medikamente ohne Zuzahlung.“

Vor einem Monat haben die Krankenkassen-Spitzenverbände die ersten Arzneimittel-Festbeträge beschlossen. Schon jetzt senken namhafte Arzneimittelhersteller die Preise.

Große Pharmaunternehmen werben mit großformatigen Anzeigen für ihre umsatzstarken Produkte, für die sie die Preise entsprechend den Festbeträgen gesenkt haben. Allein für das Medikament „Euglucon N“ zahlten die Krankenkassen 1988 ca. 105 Millionen Mark. Die Festbeträge werden zu einer Einsparung von über 30 Millionen Mark führen.

Blüm: „Die Festbeträge machen den Solidarbeitrag der Pharmaindustrie sichtbar. Sie garantieren eine qualitativ hochwertige Arzneimittelversorgung der Versicherten ohne Zuzahlung. Gewinner sind die Versicherten: Die Einsparungen kommen ihnen als Beitragszahler zugute. Als Patienten werden sie unmittelbar von der Rezeptgebühr entlastet.“

Vereine werden von Bürokratie und Abgaben entlastet

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster, hat den Kommunalpolitischen Blättern ein Interview zum neuen Vereinsförderungsgesetz gegeben, das ab 1. Januar 1990 in Kraft treten wird. Hier die wesentlichsten Aussagen Gersters aus diesem Interview:

Das geltende Steuerrecht ist für gemeinnützige Vereine so kompliziert geworden, daß ehrenamtliche Vereinsmitarbeiter kaum noch mit ihm zurechtkommen. Sie bedürfen immer stärker der Hilfe von Steuerexperten. Wer aber das ehrenamtliche Element in den Vereinen gestärkt wissen will, muß alles tun, es zu bewahren. Vor diesem Hintergrund wollten wir über die Steuergesetzgebung die Vereine von Bürokratie — aber auch von Abgaben entlasten. Wichtigste Vereinfachung ist die Einführung von sog. Gewichtsgrenzen in Höhe von 60.000 DM für den Zweckbetrieb des Vereins und für wirtschaftliche Nebentätigkeiten der Vereine. Bleiben die Vereine mit ihren Umsätzen pro Jahr unterhalb dieser Grenzen, brauchen sie künftig keine Steuern zu zahlen. Vereine, die diese Grenzen überschreiten — und das sind in der Regel größere Vereine und solche mit mehreren Abteilungen — haben dann die Möglichkeit, Gewinne und Verluste aus verschiedenen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben zu verrechnen. Auch dies ist eine weitere wichtige Vereinfachung. In jedem Fall ist ihnen die Gemeinnützigkeit gesichert. Zweite wichtige Änderung ist die Abgrenzung zwischen begünstigten und nichtbegünstigten Zwecken im Freizeitbereich. Dabei soll darauf geachtet werden, daß

keine unzumutbaren Wettbewerbsnachteile für mittelständische Unternehmen entstehen.

In der Öffentlichkeit war der Eindruck vorherrschend, hier würde ein Gesetz zugunsten der Sportvereine gemacht. Richtig ist aber, daß wir immer Wert darauf gelegt haben, alle gemeinnützigen Vereine mit diesem Vereinsförderungsgesetz zu erfassen. Dies ist geschehen. Beispielhaft dafür mag genannt sein, daß nunmehr weitere Betätigungen als gemeinnützig anerkannt werden. Hierdurch werden die bestehenden Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen gemeinnützigen und nichtgemeinnützigen Zwecken weitgehend beseitigt. Nutznießer dieser Neuregelung sind vor allem die Vereine im kulturellen Bereich.

Ich erwarte eine Belebung in diesem wichtigen Bereich. Zunächst wird durch dieses Gesetz deutlich, daß wir die Arbeit in den verschiedenen Bereichen gleichwertig behandeln. Dies bedeutet Anerkennung für die dort ehrenamtlich tätigen unzähligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gleichzeitig bedeutet es aber auch, daß gerade diese Vereine neue Möglichkeiten zur Eigenfinanzierung erhalten und in Zukunft weniger auf öffentliche Zuschüsse angewiesen sein werden.

Personalie

Christa Thoben, MdL, Mitglied des Bundesvorstandes der CDU und Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik, ist in den Forschungsbeirat des Ifo-Institutes für Wirtschaftsforschung in München gewählt worden.

Bundesfachausschuß Umweltschutz:

Weniger Abfälle sicher entsorgen

Als Eckpunkte einer notwendigen Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft versteht der Bundesfachausschuß Umweltschutz seine Leitsätze zur Abfallwirtschaft „Weniger Abfälle sicher entsorgen“. Das Ziel ist: Weg von der Wegwerfgesellschaft, denn die bundesdeutsche Wirtschaft steht vor einem Entsorgungsnotstand. Die Wohlstandsgesellschaft droht an ihrem Wohlstandsmüll zu ersticken. In der Bundesrepublik Deutschland fallen pro Jahr über 250 Millionen Tonnen Abfall an. Jeder einzelne Bürger verursacht jährlich 375 kg Abfall. Kurt-Dieter Grill, Vorsitzender des Bundesfachausschusses:

Viele Kommunen und Landkreise wissen nicht mehr, wo sie ihren Müll lassen sollen. Diese Situation wird verschärft durch die fehlende Bereitschaft der Bevölkerung, neuen Deponieraum, Standorte für Abfallbehandlungs- oder Abfallverbrennungsanlagen zu akzeptieren. Dies zeigt, Abfallvermeidung muß verstärkt Vorrang vor Abfallverwertung und sonstiger Entsorgung haben. Dies gilt für Abfall aus der Industrie ebenso wie für Hausmüll. Ein Signal für weniger Hausmüll war die Entscheidung der CDU-geführten Bundesregierung über die Rücknahme und Pfanderhebung für Getränkeverpackungen aus Kunststoff (PET-Flaschen). Dieses Signal war richtig, obwohl große Widerstände aus der Wirtschaft dies zu verhindern suchten. Zwischenzeitlich werben Firmen mit umweltfreundlichen und weniger Müll produzierenden Verpackungen. Unterstützt wird vom Bundesfachausschuß Umweltschutz auch die Aufforderung von Bundesumweltminister Klaus Töpfer an die Verpackungsindu-

strie und den Einzelhandel, auf freiwilliger Basis bis zum 1. Juni 1990 zu gewährleisten, daß für Verkaufsverpackungen aus Kunststoff ein Rücknahmesystem aufgebaut wird. Ein Schritt in die richtige Richtung ist nach der Altölverordnung auch die Verordnung über die sachgerechte Entsorgung und Wiederaufbereitung gebrauchter hogenierter Lösemittel (z.B. Per). Die Industrie wird zur Rücknahme und Wiederaufbereitung verpflichtet.

Das neue Abfallgesetz von 1986 hat die Weichen für Abfallmeidung, Abfallverwertung und sichere Entsorgung gestellt. Die Weiterentwicklung dieser Konzeption, wie sie mit der TA-Abfall und in der TA-Sonderabfall in Angriff genommen wurde, ist unverzichtbar. Derartige Regelungen werden weltweit ohne Beispiel sein.

Die Leitsätze zur Abfallwirtschaft des BFA zeigen Eckpunkte einer notwendigen Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft auf.

Künftig müssen neue Wege in Produktion und Konsum gegangen werden, die nicht mit wachsenden Abfallbergen einhergehen. Von der Produktion über den Gebrauch bis zum Abfall ist das Denken in Kreisläufen unverzichtbar. Dazu gehört der Aufbau von geschlossenen Kreisläufen in Produktion und Konsum. Dadurch werden einerseits Primärrohstoffe und Energie gespart, andererseits Umweltbelastungen vermieden, die mit der Entsorgung verbunden sind.

Besonders die Industrie ist aufgerufen, ihren Anteil am Müllaufkommen zu verringern. Durch eine ausgefeilte interne Entsorgungslogistik muß sich die Industrie verstärkt von der Denkweise des Sammelns und Deponierens trennen. Voll

Unsere Verantwortung für die Schöpfung

Der Wortlaut des Leitantrags an den 37. Bundesparteitag, den der Bundesvorstand am 2. Juni 1989 zur Umwelt- und Energiepolitik beschlossen hat, ist den antragsberechtigten Gliederungen der Partei bereits Anfang Juni 1989 brieflich zugegangen. Als Dokumentation ist er im grünen Teil der UId-Ausgabe 21/1989 veröffentlicht worden und in unserem IS-Versandzentrum in 4804 Versmold, Postfach 1328, zu beziehen.

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 13,50 DM zuzügl. MwSt.

Bestell-Nr.: 5176

Bis Mitte nächsten Monats kann die Partei darüber diskutieren und ergänzende Vorstellungen dazu entwickeln. Aber bis zum 14. August 1989 („Antragsschluß“) müssen die Ergänzungs- und Abänderungsanträge der antragsberechtigten Gliederungen in der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sein. Später eingehende Anträge können aus technischen Gründen nicht mehr berücksichtigt werden.

Im Trend liegen heute Unternehmen, die schon seit Jahren die Entwicklung von Kreislaufsystemen forcieren. Schlichtes Wegkippen ist nicht mehr gefragt. Beschaffung, Produktion, Vertrieb und Abfallbeseitigung müssen umweltgerecht geplant und gestaltet werden. Umweltmanagement muß vermehrt zur Chefsache werden.

Die Wiederverwertung bietet noch viele Chancen für Kreativität und das Mithandeln unserer Bürger: von der Kompostierung der Grünabfälle über die vielfältigen Erfassungssysteme bis hin zu den Angeboten zur getrennten Sammlung von Wertstoffen wie Glas, Papier, Metall und von Problemstoffen im Haushalt. Der umweltbewußte Bürger muß durch umfassende Information und richtige und verständliche Kennzeichnung von Produkten verstärkt in der Wahrnehmung seiner Verantwortung unterstützt werden.

Abfallvermeidung und umweltgerechte Abfallentsorgung von heute verhindern Altlasten von morgen. Die CDU fordert die SPD auf, ihre Verweigerungshaltung gegenüber neuen Abfallentsorgungsanlagen aufzugeben und zu einem Konsens

über die Parteigrenzen hinweg auch mit den Gewerkschaften beizutragen. Von den Gewerkschaften gibt es hierzu positive Signale. Die Bewältigung des Abfallproblems ist für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Bundesrepublik Deutschland von existentieller Bedeutung. Gibt es keinen Konsens, so bedeutet dies nicht nur Gefahr für den Standort, sondern Gefahr für Investitionen und damit auch für Arbeitsplätze.

Dritte Welt kein Abfalleimer

Wir brauchen Deponien sowie Anlagen für die chemische und physikalische, aber auch thermische Behandlung von Abfällen. Dabei muß der Grundsatz gelten, daß Abfälle in den Ländern zu entsorgen sind, wo sie anfallen. Wir dürfen die schlechten Risiken unseres Wohlstandes in Form von Abfällen nicht exportieren. Nach dem Motto „aus dem Auge, aus dem Sinn“ darf die Dritte Welt nicht als Abfalleimer der Wohlstandsgesellschaft der Industrieländer mißbraucht werden. Deshalb ist für die CDU ein Exportverbot in die Länder der Dritten Welt festzuschreiben. ■

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Rückenwind für Kohl

Rückenwind ist für den Regierungschef aufgekommen, eine neue Stimmungslage macht sich breit. Was ist geschehen? Ganz unmittelbar und direkt hat Helmut Kohl aus der Europawahl neue Kraft getankt. So grotesk das bei einem Wählerschwund von 8,2 Prozent auch klingt — allein der Umstand, daß sich die Union entgegen allen Voraussagen als stärkste politische Kraft vor der SPD behaupten konnte, machte Mut. „Es geht wieder aufwärts“ — diese Kommentare aus den Wahlzentralen in München und Bonn waren nicht etwa Gesundheitserei, sondern Ausdruck einer neu keimenden Hoffnung, es doch noch einmal packen zu können.

Bei dieser Gemütslage erschienen auch Kabinettsumbildung, Reform-Revirement und Ausgabenpolitik in einem neuen Licht: Die neuen Minister, allen voran Schäuble und Waigel, arbeite-

ten reibungslos, die größten Ärgernisse waren aus der Welt geschafft, in der Wohnungsbau- und Sozialpolitik hatte man nachgelegt. Keine Frage, der Kanzler hatte gehandelt und seine Chance gewahrt.

Erstaunlich bei der Vielzahl interner Reparaturarbeiten, daß Kohl auch in der Außenpolitik handlungsfähig blieb. Mehr noch: Sieht man genauer hin, so hat er vor allem auf diesem Gebiet solide Erfolge aufzuweisen. Beim NATO-Gipfel im Mai beispielsweise hat er sich gegen den massiven Druck der Amerikaner und Briten in der Raketenfrage behauptet. Niemals zuvor hatte es innerhalb des Bündnisses vergleichbare Belastungen gegeben — dennoch ist das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten heute ungetrübt. Die glanzvolle Gorbatschow-Visite in Deutschland sowie die zielgerichtete EG-Politik des Regierungschefs runden dieses positive Gesamtbild ab.

aus: Stuttgarter Nachrichten

UID

23/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.